



Kassel, 24. Juni 2022 | Ausgabe Nr. 110

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

seit fast vier Monaten führt Russland einen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Vergangene Woche ist Bundeskanzler Olaf Scholz gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, dem italienischen Premier Mario Draghi und dem rumänischen Präsidenten Klaus Johannis nach Kiew gereist und hat sich ein Bild von der Lage gemacht.

Ihre Botschaft lautet: Die Ukraine gehört – genauso wie die Republik Moldau – zur europäischen Familie. Deshalb werden sich die vier Regierungschefs auf dem europäischen Gipfeltreffen in dieser Woche dafür einsetzen, dass beide Länder den Kandidatenstatus erhalten. Wir stehen gemeinsam mit unseren internationalen Partnern in EU und NATO fest an der Seite der Ukrainer*innen.



Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien

Zudem haben wir weitreichende und wirksame Sanktionspakete auf EU-Ebene beschlossen, um Russland zu isolieren. Parallel müssen wir aber auch alle Hebel in Bewegung setzen, um unabhängig zu werden von russischer Energie – insbesondere von Gas. Die Bundesregierung hat deshalb bereits die Bezugsquellen diversifiziert und neue Energiepartnerschaften geschlossen. Zudem treiben wir den Bau von Flüssiggas-Terminals voran, die künftig auch mit Wasserstoff betrieben werden können.

Wir wissen aber auch: Nur der zügige Ausbau der Erneuerbaren Energien macht uns unabhängig von russischer und fossiler Energie. Die Zukunft gehört den

Erneuerbaren. Eine Rückkehr zur Atomkraft lehnen wir ab. Atomkraft ist nicht nachhaltig, absolut unwirtschaftlich!

Damit gilt bei der Energiewende für uns ein Dreiklang: Die Versorgungssicherheit muss gesichert sein. Unsere Maßnahmen müssen im Einklang mit den Klimazielen stehen.

§219a abgeschafft

Wir haben den §219a abgeschafft! Mit der Streichung dieses Paragraphen aus dem Strafgesetzbuch stärken wir die sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung von Frauen. Endlich können Ärzt*innen öffentlich darüber informieren, dass sie Frauen zu Methoden und Abläufen eines möglichen Schwangerschaftsabbruchs beraten. Wir machen Schluss mit der Kriminalisierung von Ärzt*innen, die Frauen in Notsituationen beratend zur Seite stehen. Außerdem heben wir in der Vergangenheit ergangene strafgerichtliche Urteile gegen Ärzt*innen auf.

Gesetzentwürfe zur Sterbehilfe

Schließlich haben wir in dieser Woche drei Gesetzentwürfe zur Sterbehilfe in den Bundestag eingebracht. Diese schwierige ethische Frage diskutierten wir jenseits der Fraktionsgrenzen. Eine Entscheidung soll in der finalen Debatte im Herbst fallen.

Euer

§ 219a abgeschafft!

Ein guter Tag für Frauenrechte

Wir machen Schluss mit der Kriminalisierung von Ärzt*innen, die Frauen in Notsituationen mit Informationen zur Seite stehen. Künftig können sie über Schwangerschaftsabbrüche informieren, ohne eine Strafverfolgung befürchten zu müssen. Ein Thema, dass nicht zuletzt aufgrund des Verfahrens gegen die Kasseler Frauenärztin Nora Szász intensiv diskutiert wurde. Mit der Abschaffung des §219a haben Frauen nun einen freien und sachgerechten Zugang zu medizinischen Informationen über Schwangerschaftsabbrüche. Den Gesetzentwurf berieten wie in dieser Woche abschließend in 2./3. Lesung.



Dank an Frauenärztinnen wie Nora Szász

Ich danke Frauenärztinnen wie Nora Szász für ihre Hartnäckigkeit und ihre Überzeugungskraft, die unter Inkaufnahme von öffentlichen Anfeindungen immer Kurs gehalten haben. Insgesamt ist die Neuregelung ein wichtiges Signal hinsichtlich der Stärkung des Selbstbestimmungsrechts der Frau und den gesellschaftlichen Modernisierungskurs, den sich SPD, Grüne und FDP für diese Wahlperiode auf die Fahne geschrieben haben.

Freier Zugang zu medizinischen Informationen

Endlich gibt es eine politische Mehrheit im Bundestag dafür, dass Ärzt*innen, die über Schwangerschaftsabbrüche informieren, nicht mehr Gefahr laufen, straffällig zu werden. Auch sollen bestehende Urteile aufgehoben werden. Die Amnestieregelung ist deswegen besonders wichtig, damit Ärzt*innen kein Strafmakel anhaftet, der für sie gerade im Hinblick auf ihr Berufsethos und das besondere Vertrauen, das die Öffentlichkeit ihnen auf Grund ihrer Berufsausübung entgegenbringt, besonders belastend ist.

Urteile werden aufgehoben

Durch eine neue Regelung im Strafgesetzbuch sollen strafgerichtliche Urteile wegen Werbung für den Schwangerschaftsabbruch, die nach dem 3. Oktober 1990 ergangen sind, aufgehoben und die laufenden Verfahren eingestellt werden.



Die bisherige Rechtslage

Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, mussten bisher mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen, wenn sie Informationen über den Ablauf und die Methoden des Schwangerschaftsabbruchs veröffentlichen – z.B. auf ihrer Website.

Betroffenen Frauen wurde damit sowohl der Zugang zu Informationen über den medizinischen Eingriff als auch das Auffinden von geeigneten Ärzt*innen erschwert. Dies behinderte den Zugang zu medizinischer Versorgung und beeinträchtigte das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung der Frau.



Erneuerbare Energien

Mehr Flächen für Windenergie

Im Koalitionsvertrag haben wir uns darauf verständigt, zwei Prozent der Landesfläche für Windenergie an Land zu nutzen. Derzeit sind bundesweit lediglich 0,8 Prozent der Landesfläche ausgewiesen – davon wiederum sind nur 0,5 Prozent tatsächlich verfügbar. Um den Ausbau der Windenergie an Land massiv zu beschleunigen, brachten wir als Koalitionsfraktionen diese Woche einen Gesetzentwurf zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land (WalG) in den Bundestag ein.

Zwei Prozent der Bundesfläche für Windkraftanlagen bis 2032

Der Entwurf legt verbindliche Flächenziele für die Länder fest: Bis Ende 2026 sollen 1,4 Prozent und bis Ende 2032 zwei Prozent der Bundesfläche für Windkraftanlagen ausgewiesen sein. Das Zwei-Prozent-Flächenziel wird proportional zum ermittelten Flächenpotenzial auf die Bundesländer verteilt: Flächenländer müssen einen Anteil von 1,8 bis 2,2 Prozent ihrer Landesfläche für den Ausbau der Windenergie zur Verfügung zu stellen. Stadtstaaten hingegen müssen 0,5 Prozent ihrer Landesflächen ausweisen. Grundlage hierfür ist eine Flächenpotenzialstudie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK).

Länder, die ihre Ziele übertreffen, können anderen Ländern ihre Windflächen bis zu einem festgelegten Anteil übertragen. Damit erhalten die Länder zusätzliche Flexibilität. Verfehlt ein Land zu bestimmten Stichtagen seine Ziele, sind Windenergieanlagen auch im gesamten nicht beplanten Außenbereich privilegiert zulässig – und zwar so lange, bis die Flächenziele erfüllt werden.



Die Bundesländer dürfen grundsätzlich weiter über Mindestabstände entscheiden, müssen aber sicherstellen, dass sie die festgelegten Flächenziele erreichen. Tun sie das nicht, werden die landesspezifischen Abstandsregeln nicht angewandt. Jetzt wird der Gesetzentwurf in den parlamentarischen Beratungen im Bundestag im Sinne der Energiewende weiter nachgeschärft.

Klimaschutz und Artenvielfalt zusammen denken

Nur der schnelle Ausbau der Erneuerbaren Energien macht uns unabhängig u und bringt uns dem Ziel der Klimaneutralität bis 2045 näher. Windkraftanlagen sollen künftig schneller, aber rechtssicher unter Wahrung hoher ökologischer Schutzstandards genehmigt werden. Genau das sieht unser Koalitions-Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) vor, den wir diese Woche in den Bundestag eingebracht.

Bundeseinheitliche Standards für die artenschutzrechtliche Prüfung

Erstmals werden bundeseinheitliche Standards für die artenschutzrechtliche Prüfung festgelegt. Die Bewertung, ob sich durch die Errichtung einer Windenergieanlage das Tötungs- und Verletzungsrisiko kollisionsgefährdeter Vögel bedeutend erhöht, erfolgt künftig auf Grundlage einer Liste von kollisionsgefährdeten Brutvogelarten. Hinzu kommen gestaffelte, artspezifische und Brutplatzbezogene Abstandsvorgaben mit einem Tabubereich und weiteren Prüfbereichen.

Nationale Artenhilfsprogramme

Zugleich kommt der Schutz von besonders durch den Ausbau betroffenen Arten nicht zu kurz. Das Bundesamt für Naturschutz wird nationale Artenhilfsprogramme aufstellen, an denen sich auch Anlagenbetreiber finanziell beteiligen müssen.

Energieversorgung

Bei Engpässen mehr Gas sparen im Stromsektor

Russland hat jüngst die Gaslieferungen nach Europa gedrosselt. Auch Deutschland ist mittlerweile davon betroffen: Der russische Energiekonzern Gazprom hat die Gaszufuhr durch die Ostseepipeline Nord Stream 1 um mehr als die Hälfte gesenkt.

Reduzierung des Gasverbrauchs in der Stromerzeugung

Kommt es in Deutschland zu einer Gasmangellage, muss Deutschland den Gasverbrauch in der Stromerzeugung deutlich reduzieren können, um das dann fehlende Gas zu ersetzen und so die Folgen des Gasmangels abzumildern.

Deshalb brachten wir diese Woche im Bundestag ein Gesetz zur Reduzierung des Gasverbrauchs in der Stromerzeugung ein. Der Gesetzentwurf sieht vor, befristet bis zum 31. März 2024 eine Gasersatz-Reserve auf Abruf einzurichten.

Dafür werden Kohle- und Mineralölkraftwerke ertüchtigt, die bereits heute als Reserve dem Stromsystem zur Verfügung stehen, um kurzfristig in den Markt zurückzukehren.

Kohleausstieg im Jahr 2030 weiterhin Ziel

Durch die zusätzlichen Erzeugungskapazitäten soll die Stromerzeugung in mit Erdgas befeuerten Kraftwerken so weit wie möglich ersetzt werden. Kraftwerke kehren allerdings nur dann in den Strommarkt zurück, wenn ein Gasmangel vorliegt oder droht.

Eine zusätzliche Verordnungsermächtigung soll zudem ermöglichen, im Krisenfall den Einsatz von Gaskraftwerken sehr schnell und für die Dauer von maximal sechs Monaten zu verringern.

Dadurch werden Gaskraftwerke im Regelfall nicht mehr wirtschaftlich und deshalb auch nicht mehr betrieben. Das im Koalitionsvertrag festgelegte Ziel, den Kohleausstieg idealerweise im Jahr 2030 zu vollenden, bleibt von dem Gesetz unberührt.

Grafik © Freepik



Meine Rede im Bundestag

... zur aktuellen Stunde „Kälte-Winter verhindern – Jetzt entschlossen und pragmatisch vorsorgen“.

Hörtipp!

Gemeinsam mit weiteren Fachleuten und Hörer*innen sprach ich bei der **NDR INFO Redezeit** über die Energieversorgung in Deutschland:

Wie sieht es mit der Energieversorgung in Deutschland aus? Sollten Kohle- und Kernkraftwerke „reaktiviert“ werden zur Energieversorgung (Spoiler: Ich bin absolut dagegen!)? Welche Perspektiven haben wir in Sachen Energie und Versorgungssicherheit? Zum Podcast „**Deutschland im Energiespar-Modus – hilft uns der Kohlestrom?**“ geht es [hier](#).



BAföG-Reform

Mehr BAföG und Hilfe in Notlagen

Seit über 50 Jahren hat sich das BAföG bewährt, es ermöglicht jungen Menschen eine Chance auf Bildungsaufstieg und sorgt für mehr gesellschaftliche Teilhabe. Doch zuletzt profitierten immer weniger Menschen von der Förderung. Deshalb packen wir jetzt eine umfassende Reform an. In dieser Woche berieten wir die 27. Novelle des Berufsausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) in 2./3. Lesung. Mit der Novelle reagieren wir auf die enormen Preissteigerungen und sorgen für mehr Chancengleichheit in der Bildung.

- 1** Die **Bedarfssätze steigen um 5,75 Prozent** ab dem kommenden Wintersemester und ab dem neuen Schuljahr.
- 2** Den **Kreis der Anspruchsberechtigten weiten wir aus**, indem wir die Freibeträge der Elterneinkommen stärker anheben als ursprünglich vorgesehen. Dadurch sorgen wir dafür, dass deutlich mehr Menschen BAföG erhalten.
- 3** Wir **staffeln die Vermögensfreibeträge nach Alter**: Bei unter 30-Jährigen liegen sie bei 15.000 Euro, bei über 30-Jährigen bei 45.000 Euro.
- 4** Wir **heben zudem die Altersgrenze auf 45 Jahre an**. Damit erhalten Menschen leichter BAföG, die vorher bereits berufstätig waren. So ermutigen wir sie in ihrer Entscheidung, in einem späteren Lebensabschnitt ein Studium aufzunehmen.
- 5** Wir unterstützen Studierende mit Kindern, indem wir den **Kinderbetreuungszuschlag um 5 Prozent erhöhen**.
- 6** Auswärts Wohnende profitieren von der **Erhöhung des Wohnzuschlags auf 360 Euro**.
- 7** Künftig können **einjährige Studiengänge in Ländern außerhalb der EU gefördert** werden.
- 8** Wir erleichtern die Antragstellung: **BAföG kann künftig leichter digital beantragt** werden.
- 9** Wer es innerhalb der gesetzlichen Frist versäumt hat, den Erlass der Restschulden nach 20 Jahren zu beantragen, erhält nun eine zweite Chance. Die **Beantragung auf Restschuldenerlass wird vereinfacht**.



Die 28. BAföG-Novelle

Zur Neuaufstellung des BAföG zählt auch ein **Nothilfemechanismus**, der Teil der 28. BAföG-Novelle ist und den wir in dieser Woche in erster Lesung berieten. Er wird vom Bundestag aktiviert und hilft Studierenden in außergewöhnlichen Situationen – wie beispielsweise in der Corona-Pandemie, als viele Nebenjobs weggefallen sind.

BAföG grundsätzlich erneuern

Mit dieser ersten Reform machen wir das BAföG wieder fit. Doch noch in dieser Wahlperiode wollen wir es grundsätzlich erneuern – das schreiben wir in einem Entschließungsantrag fest. Wir wollen mit **einer weiteren strukturellen BAföG-Reform** den Kreditanteil senken und damit der Verschuldungsangst entgegenwirken. Zusätzlich wollen wir einen Fachrichtungswechsel ermöglichen, die Förderhöchstdauer anpassen und über die Kindergrundsicherung eine elternunabhängige Basisförderung für alle volljährigen Studierenden einführen.



KURZ NOTIERT

Transparente Arbeitsbedingungen EU-weit

In dieser Woche berieten wir abschließend einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, mit dem die europäische Richtlinie zu transparenten und vorhersehbaren Arbeitsbedingungen in nationales Recht umgesetzt wird.

Die bisher vorgesehene Pflicht der Arbeitgeber*innen, über die wesentlichen Aspekte eines Arbeitsverhältnisses Auskunft zu geben, wird erweitert und präzisiert (sogenannte Nachweispflichten).

Hinzu kommen neue Mindestanforderungen an die Arbeitsbedingungen rund um die Höchstdauer einer Probezeit, Mehrfachbeschäftigung, Mindestvorhersehbarkeit der Arbeit, Übergang zu einer anderen Arbeitsform (etwa Schicht- oder Normalarbeit) sowie Pflichtfortbildungen.

Wichtiger Teil der Neuordnung ist die mögliche Ahndung von: Kommen Arbeitgeber*innen ihren Pflichten nicht nach, sind Geldbußen von bis zu 2.000 Euro möglich.

Untersuchungsausschuss zum Bundeswehrazug aus Afghanistan

Der erste Untersuchungsausschuss der 20. Legislaturperiode soll sich ein Gesamtbild verschaffen, wie der Abzug der Bundeswehr sowie weiterer NATO-Kräfte und Diplomaten*innen aus Afghanistan lief. Der Ausschuss wird sich auch einen Überblick machen, wie die Evakuierung von Personen im Zusammenhang mit der Machtübernahme der Taliban verlief.

Insgesamt 12 Mitglieder werden dem Ausschuss angehören. Mit dem Untersuchungsausschuss leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung der Evakuierungsoperation und ziehen Schlussfolgerungen für künftige Einsätze.

EU-Digitalisierungsrichtlinie zu Online-Beglaubigungen

In der letzten Legislaturperiode hat der Bundestag Gesetzesänderungen zur Umsetzung der EU-Digitalisierungsrichtlinie beschlossen, die die Möglichkeit zur Online-Beglaubigung von Handelsregisteranmeldungen ausweiten. Ein Gesetzentwurf, den wir in dieser Woche in 2./3. Lesung abschließend berieten, schärft hier nach.

Jetzt sind Online-Beglaubigungen von Handelsregisteranmeldungen für alle Rechtsträger und Anmeldungen zum Genossenschafts-, Partnerschafts- und Vereinsregister möglich.

Künftig soll das notarielle Verfahren der Online-Beurkundung auch auf einstimmig gefasste satzungsändernde Beschlüsse angewandt werden können. Die Regelungen treten zum 1. August 2022 für die Personen- und Handelsgesellschaften und zum 1. August 2023 für die Vereine in Kraft.

Bekämpfung der Verbreitung von terroristischen Online-Inhalten

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, um die EU-Verordnung zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte in Deutschland umzusetzen. Wir haben ihn jetzt in 2./3. Lesung abschließend beraten.

Insbesondere werden die Hostingdienst-Anbieter verpflichtet, entsprechende Inhalte innerhalb einer Stunde nach Erhalt einer behördlichen Entfernungsanordnung zu entfernen oder den Zugang zu ihnen zu sperren. Die zuständige Behörde ist das Bundeskriminalamt (BKA), das dazu mit den Landesmedienanstalten zusammenarbeitet.

Die Hostingdienst-Anbieter werden durch die Verordnung außerdem verpflichtet, zu verhindern, dass über ihre Dienste terroristische Inhalte öffentlich verbreitet werden. Dies wird in Deutschland künftig durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) überwacht, die dann bei Verstößen auch Strafen verhängen darf.

Betriebsrätekonferenz der Bundestagsfraktion

Einsatz für stärkere Rechte für Betriebs- und Personalräte

Unterstützung von friedlichem Miteinander und Demokratie auch in der Arbeitswelt in Zeiten von Krieg und Gewalt mitten in Europa waren zentrale Anliegen der diesjährigen Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion. Im Mittelpunkt der Konferenz stand wie sozialer Zusammenhalt in Betrieb und Gesellschaft, Solidarität und reger Austausch unterschiedlicher Meinungen aufrechterhalten und ausgebaut werden kann. Sie fand diese Woche in Berlin in Präsenz und digital statt. Unter den zahlreichen Gästen war auch Benjamin Heinicke, Betriebsrat von General Electric aus Kassel.

Arbeitnehmervertretungen aus der Praxis für die Gesetze, die wir machen. Die Betriebsräte wiederum brauchen uns, damit wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gesetzlich den Rücken stärken. Durch den offenen Dialog ist unsere Betriebs- und Personalrätekonferenz seit vielen Jahren ein echtes Erfolgsmodell.

Auf der aktuellen Konferenz sprachen u.a. der Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil, der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Rolf Mützenich und die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Yasmin Fahimi.



Timon Gremmels mit Benjamin Heinicke, Betriebsrat bei General Electric in Kassel auf der Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion am 20. Juni in Berlin.

Weitere Themen der Konferenz waren die Herausforderung der Transformation der Arbeitswelt, Energiewende und Digitalisierung, Weiterbildung, Rechte der Schwerbehinderten und die Weiterentwicklung der Betriebsverfassung. Es wurde ebenfalls diskutiert, wie ein fairer Wandel zu guter und sicherer Arbeit auch in Zukunft gestaltet werden kann und wie sich die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung skizzierten Projekte praxisgerecht umsetzen lassen.

Für gute Arbeit müssen Politik und Arbeitnehmervertretungen an einem Strang ziehen – und zwar mit voller Kraft. Wir Politikerinnen und Politiker brauchen die Erfahrung der

Durch die Kurzarbeit konnte eine große Arbeitslosigkeit trotz Pandemie verhindert werden. Der Mindestlohn von 12 Euro wurde ganz aktuell gegen großen Widerstand umgesetzt. Zwei wichtige Projekte, die auf Betreiben von Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion durchgesetzt wurden. **Der Einsatz für mehr tarifgebundene Arbeitsverhältnisse und eine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung werden weitere Ziele der politischen Arbeit sein in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Betriebsräten.** Auch im Gespräch mit Benjamin Heinicke Betriebsrat von General Electric aus Kassel hat sich die Notwendigkeit dieser Ziele gezeigt.

Rückblick: Pizza & Politik am 17. Juni

Das bewegt junge Menschen

Auch in diesem Jahr habe ich im Rahmen der bundesweiten Aktion „Pizza Politik“ junge Menschen zum Gespräch eingeladen:
Am 17. Juni tauschte ich mich mit Jugendvertreter*innen über genau jene Themen aus, die die junge Generation beschäftigt.

Und so sprachen wir bei einem Stück Pizza über gleiche Bildungschancen für alle, unser Bildungssystem und darüber, vor welche Herausforderungen die Digitalisierung Schulen, Lehrkräfte und auch Schüler*innen stellt. Neben Bildungsgang es auch um Klimapolitik: Wie können die erneuerbaren Energien weiter gestärkt werden und wie nachhaltig sind E-Fahrzeuge.



Der Abend hat gezeigt: „Pizza und Politik“ ist ein großartiges Format, um mit jungen Menschen zusammenzukommen und sich über politische Themen auszutauschen.

Vielen Dank an alle Teilnehmer*innen für diesen spannenden Austausch!

Donnerstag, 30.06.2022 – 12:00 bis 14:00 Uhr | Kassel

Wie erreichen Gewerkschaften jüngere Kolleg*innen in den Betrieben? Politischer Mittagstisch der Friedrich-Ebert-Stiftung Hessen



Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie – die „drei D“ der Transformation bestimmen nach wie vor den Wandel in der Wirtschaft und Gesellschaft. Die Gewerkschaften spielen bei der Bewältigung dieses Wandels eine zentrale Rolle.

Beim politischen Mittagstisch der Friedrich-Ebert-Stiftung „Jugend in der wirtschaftlichen Transformation – wie erreichen Gewerkschaften jüngere Kolleg*innen in den Betrieben?“ werde ich einen Input geben.

Bei der Veranstaltung wird es u.a. darum gehen, wie Gewerkschaften jüngere Kolleg*innen erreichen, für eine Mitgliedschaft gewinnen oder sogar zur Mitarbeit bewegen können. Die Veranstaltung lädt auch dazu ein, zu diskutieren und sich auszutauschen. [Zur Anmeldung geht es hier.](#)



Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorenthalten möchte.

 fb.com/TimonGremmels
 instagram.com/gremmels
 twitter.com/Timon_Gremmels
 linkedin.com/in/timon-gremmels



Timon Gremmels, MdB 
@Timon_Gremmels

Service-Tweet. Auszug aus dem Ampel-Koalitionsvertrag: „Am deutschen Atomausstieg halten wir fest.“ [#Atomkraft](#)

Diesen und weitere Tweets findet Ihr unter:
https://twitter.com/Timon_Gremmels

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis
Bildergalerie

Der Paragraph 219a ist abgeschafft!

Auf einem kleinen Empfang der Ampel-Koalition anlässlich der Abschaffung des Paragraph 219a habe ich der Kasseler Frauenärztin Natascha Nicklaus für ihren unermüdlichen Einsatz zur Abschaffung des sog. Werbeverbots gedankt. Der 24. Juni war ein guter Tag für das Selbstbestimmungsrecht der Frau und die Informationsfreiheit der Ärzt*innen.



SPD-Fraktion im Dialog

Wärmepumpen, Solarthermie, Abwärme: Bei der SPD-Fraktion im Dialog am vergangenen Freitag drehte sich alles um die Frage: „Kommunale Wärmeplanung – Eckpfeiler der Wärmewende?“ Es ging darum, wie der Wandel hin zur klimafreundlichen Wärmeversorgung gelingen kann - weg von der Nutzung fossiler Brennstoffe.

Und die Antwort lautet: Den Kommunen kommt eine zentrale Schlüsselrolle in der Klimapolitik zu - besonders bei der Umsetzung der Wärmepolitik. Das Ziel: Klimafreundliche Wärmeversorgung, ohne Nutzung fossiler Brennstoffe.

Als Berichterstatter der AG Klimaschutz und Energie unserer SPD-Bundestagsfraktion hatte ich die Gelegenheit die spannende Diskussion zu begleiten.



Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



Foto © Andreas Weber



Foto © Andreas Weber



Die documenta fifteen ist gestartet

Traum-Wetter zum Start der documenta fifteen. Am vergangenen Samstag war ich dabei, als in Kassel die 15. documenta eröffnet wurde — und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu Gast in Kassel war.

Das Kunstwerk auf dem Friedrichsplatz ist klar antisemitisch. Gut, dass es abgebaut wurde und der Vorgang aufgearbeitet wird. Lasst uns aber den anderen Künstler*innen und der documenta fifteen eine Chance geben!



Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis
Bildergalerie



Saskia Esken zu Gast in Kaufungen

Die Stimmung war gut und der Abend kurzweilig: Bei der Jahreshauptversammlung der SPD Kaufungen am 10. Juni gab es reichlich Grund zum Feiern – auch für den Ehrengast des Abends: Unsere Parteivorsitzende Saskia Esken war in die nordhessische Gemeinde angereist. Der Anlass: Die Ehrungen von Genoss*innen für ihre langjährige Treue und Mitgliedschaft in der SPD.

20 Jahre Regionalmanagement Nordhessen

Herzlichen Glückwunsch zum 20. Geburtstag des Regionalmanagements! Zusammen geben wir der Region Nordhessen eine starke Stimme.



50 Jahre Fuldabrück

Herzlichen Glückwunsch an die Gemeinde Fuldabrück zum Jubiläum! Es war ein toller Tag der Vereine vorm Rathaus in Dörnhagen.



Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



In der Bundesgeschäftsstelle des CVJM
Gemeinsam mit dem CVJM-Generalsekretär Hansjörg Kopp und dem Referenten für Grundsatzfragen und Jugendpolitik Carsten Korinth sprach ich u.a. genau über dies:
Jugendpolitik und die Belange von Kindern und Jugendlichen allgemein. Denn der CVJM schafft auch Beteiligungsformate für junge Menschen, damit sie ins Gespräch mit Politiker*innen kommen. Daneben sprachen wir auch über die Stärkung des Ehrenamts in der Coronazeit.



Besuch beim Volksbund

Ich habe mich mit dem Generalsekretär des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge Dirk Baken getroffen – in Niestetal. Denn genau dort – in der 10.000-Einwohner-Gemeinde in meinem Wahlkreis – hat die bundesweite, weltweit anerkannte Organisation ihren Hauptsitz: Hier befindet sich die Bundesgeschäftsstelle des Volksbunds.

Interview mit dem Campusradio Kassel

Beim Interview mit dem Campusradio Kassel ging es um die Entlastungspakete der Bundesregierung für Bürger*innen und natürlich ganz speziell auch um die Belange von Studierenden.



Auf dem Sportplatz

Gemeinsam mit den nordhessischen Landtagsabgeordneten Florian Schneider und Oliver Ulloth war ich beim Wettbewerb der Jugendfeuerwehren von Kassel-Stadt und -Land in Vellmar.



Timon Gremmels

📍 Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel ☎️ Telefon 0561 700 10 52
✉️ buero@timon-gremmels.de 📺 TimonGremmels
🏠 timon-gremmels.de 📷 @gremmels